

U+id extra

EUROPA- TAG

3. Parteitag der
CDU Deutschlands
25. bis 28. Oktober 1992
in Düsseldorf

Wir gewinnen mit Europa



Bernhard Sälzer:

Helmut Kohl hat den Grundstein für den Vertrag von Maastricht gelegt

Es ist erst vier Jahre her, daß die Europäische Gemeinschaft in einer tiefen Krise steckte. Drei Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs waren ergebnislos gescheitert. Wir waren in den Hauptstädten dieser Welt als Europa abgemeldet. Unser Einfluß in der Weltpolitik war auf Null gesunken.

Meine Damen und Herren, Sie haben es vielleicht vergessen: Es war damals der deutsche Bundeskanzler, der als Vorsitzender des EG-Gipfels am 12. Februar 1988 nicht nur die Krise gemeistert hat, sondern auch mutig im Sinne seiner europäischen Vision den Grundstein für die Einheitliche Europäische Akte gelegt



und damit den Weg für Maastricht geebnet hat. Jacques Delors hat damals öffentlich formuliert: Dieser deutsche Kanzler hat in einem halben Jahr für die europäische Einheit mehr getan als alle anderen.

Kontinent der offenen Grenzen, der guten Nachbarschaft und der Freundschaft

Aus der Europa-Rede des Bundeskanzlers

„Europa ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Als Land in der Mitte unseres Kontinents haben wir mehr Grenzen und Nachbarn als alle anderen. Unsere nationale Zukunft ist daher mit der Entwicklung des übrigen Europa aufs engste verknüpft. Es kann und darf uns daher nicht gleichgültig sein, welchen Weg Europa geht — ob es sich unwiderruflich auf den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß festlegt — oder ob es erneut in nationale Rivalitäten früherer Zeiten zurückfällt. Dies ist in Wahrheit die Kernfrage der derzeitigen Diskussion über den Vertrag von Maastricht! Wenn wir jetzt nicht die Europäische Union schaffen, versagen wir vor der Zukunft.“

So begann Bundeskanzler Helmut Kohl seine Rede auf dem Europatag des CDU-Bundesparteitages. Und er fuhr warnend fort: „Ich wage die Behauptung: Wenn der Vertrag von Maastricht nicht

in Kraft tritt und wir auf dem Weg nach Europa zurückgeworfen werden, dann dauert es länger als eine Generation, bis wir erneut eine solche Chance erhalten. Wir würden zugleich Gefahr laufen, daß Europa von seiner unseligen Vergangenheit eingeholt wird.“

Keine Alternative

Niemand soll glauben, das Gespenst des Nationalismus in Europa sei endgültig tot oder nur noch auf dem Balkan zu Hause. Der Kanzler bezweifelt, daß die bösen Geister der Vergangenheit ein für allemal gebannt sind. Schon heute zeichne sich im Osten des europäischen Kontinents teilweise eine Rückkehr zu

nationalistischem Denken, zu Intoleranz, ja zu Chauvinismus ab.

Deutschlands Antwort dazu ist klar: Die zweite deutsche Republik setzt endgültig auf den immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker und Nationen. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative.

Helmut Kohl wies in seiner programmatischen Rede darauf hin, daß das Europäische Einigungswerk nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem auch eine politische Zielsetzung hat: „Es ging von Anfang an immer um die politische Einigung Europas!“ Alles, was bisher wirtschaftlich erreicht worden sei,

„Wer schon eine Papierallergie hat, der sollte beim Thema Europa besser nicht mehr mitmachen. Papiere haben wir genug. Gefragt sind vermehrt einfache Antworten für komplizierte Zusammenhänge.“

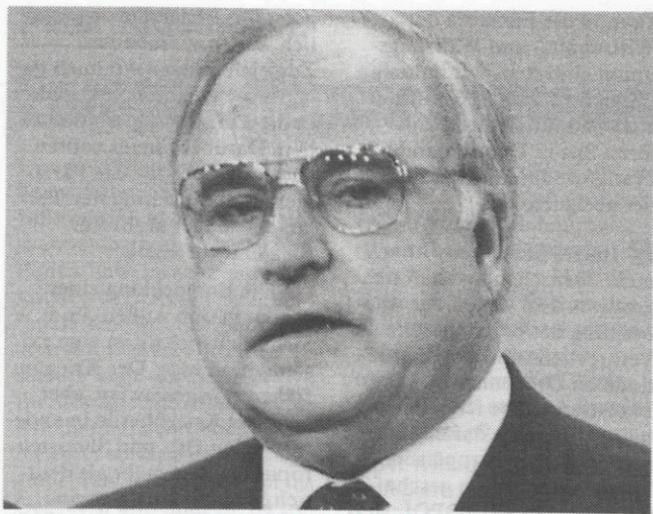
Hedwig Keppelhoff-Wiechert

könne auf Dauer nur bewahrt werden, wenn es auch politisch gesichert sei. Helmut Kohl: „Eine Wirtschaftsunion ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf eine politische Union stützen kann.“

Der Kanzler nannte fünf Kernelemente des Maastrichter Vertrages:

1 Stufenweise Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland kann seine eigene wirtschaftliche Stabilität auf Dauer nur sichern und seinen Wohlstand nur bewahren, wenn in Europa mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik immer enger zusammengearbeitet wird.

Viele Menschen fragen, so Helmut Kohl, ob die künftige europäische Währung so stabil sein wird wie die D-Mark. Der Kanzler: „Deshalb haben wir in Maastricht durchgesetzt, daß die künftige europäische Währung eine sichere Stabilitätsgrundlage erhält.“ Und weiter: „Dazu gehören insbesondere die Unabhängig-



Bundeskanzler Helmut Kohl: Die CDU ist und bleibt die Europa-Partei in Deutschland.

gigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität sowie eine streng auf Stabilität ausgerichtete Haushaltspolitik in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Jedes Land muß zudem dafür sorgen, daß seine wichtigsten volkswirtschaftlichen Daten — also:

Inflationsrate, Zinsen und Staatsverschuldung — die vorgegebenen strengen Kriterien des Vertrages erfüllen. Eine Aufweichung der verbindlich festgelegten Stabilitätskriterien kann und wird es mit uns nicht geben! Nur wer diese Kriterien erfüllt und damit den Beweis für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erbracht hat,

Johannes Gerster:

Datenschutz darf nicht Täterschutz sein

Als Nachhinken hinter den Möglichkeiten des internationalen Verbrechens bezeichnete der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Gerster, die Vorhaben Europas zur Kriminalitätsbe-

kämpfung. Europol sei notwendig, aber es sei ebenso wichtig, zu einem europäischen Datenschutz zu kommen, bei dem klar sei, daß die Rettung unserer Jugend vor Rauschgift und die Sicherung unse-

rer Bevölkerung vor skrupellosen Straftätern im Einzelfall Vorrang vor dem Datenschutz habe. In Teilbereichen sei in Deutschland der Datenschutz zum Täterschutz geworden.

kann in die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion eintreten. Wir halten daran fest, daß die künftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland hat. Frankfurt am Main ist hierfür der geeignete Ort.

2 Innere Sicherheit: Immer mehr Menschen machen sich große Sorgen wegen der Ausbreitung des organisierten Verbrechens und der internationalen Drogenmafia. In Maastricht habe ich mich deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, daß eine europäische Polizeiorganisation geschaffen wird. Mit EUROPOL werden wir gemeinsam und entschlossen den Kampf gegen die internationale Bandenkriminalität führen.

3 Wir haben in Maastricht ferner die dringende notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit im Umweltschutz beschlossen. Auch bei unseren Partnern ist in den vergangenen Jahren das Bewußtsein für die herausragende Bedeutung dieser Zukunftsaufgabe gewachsen.

4 In Maastricht haben wir trotz der Zurückhaltung vieler auch Fortschritte bei der Verstärkung der demokratischen Kontrolle von Kommission und Rat durch das Europäische Parlament erreicht. Wir werden aber noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, um das Demokratiedefizit in Europa abzubauen und zu beseitigen. Daher gilt es, möglichst zügig die Rechte und Kompetenzen des Euro-

päischen Parlaments wesentlich weiter auszubauen. Zugleich müssen wir auch die nationalen Parlamente stärker in die Europapolitik einbeziehen. Darüber hinaus sollten auch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente enger als bisher zusammenarbeiten.

5 Die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist eine existentielle Frage. Der Krieg im früheren Jugoslawien, aber auch die Krisenherde in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas machen mehr als deutlich, daß nur eine gemein-

same Politik uns vor Instabilität bewahren kann. Dabei ist im Hinblick auf Sicherheit und Verteidigung für uns die Atlantische Allianz, der enge Schulterschuß mit unseren Freunden und Partnern in Nordamerika, unverzichtbar. Bundeskanzler Helmut Kohl stellte fest, es gebe noch viele Mißverständnisse, Unsicherheiten, ja Vorbehalte und Ängste im Hinblick auf den Maastrichter Vertrag selbst wie auch gegenüber der Europapolitik insgesamt. Helmut Kohl: „Es ist wahr, viele Menschen befürchten ein zentralistisches Europa.“

Wilfried Martens:

Erfolg auch vor eigenen Mitgliedern verteidigen

Gegen eine gegenläufige Stimmung, „die sich in allen unseren Ländern breitmacht hat“, müsse jetzt der Europa-Erfolg verteidigt werden, sagte in einer Grußadresse auf dem Bundesparteitag der Präsident der Europäischen Volkspartei, Wilfried Martens. Das geht „leider auch“ in die eigene Wählerschaft und gilt hier und dort auch für die eigenen Mitglieder. Martens sagte, diese Stimmung mache sich in den verschiedenen Ländern an verschiedenen Punkten fest. Darin komme zum Ausdruck, daß es mit Europa nun ernst, weil konkret wird.

Martens: „Die Menschen fangen nun an, zu verstehen, daß Europa sie auch selbst und ganz unmittelbar betrifft.“

Am Erfolg festhalten

Der EVP-Präsident betonte, daß die christlich-demokratische Bewegung verloren wäre, wenn sie jetzt der populistischen Versuchung erliegen und in das Horn derer blasen würde, die alles tun, um die entstandene Mißstimmung gegen die von uns mit guten Gründen und mit guten Erfolgen betriebene Politik der Einigung Europas zu instrumentalisieren.

Sie fragen: Werden wir in einem vereinten Europa noch Deutsche, Italiener oder Franzosen sein? Meine Antwort und die Antwort des Vertrages von Maastricht sind klar: Wir bleiben fest in unserer Heimatregion verwurzelt, wir bleiben Deutsche, Italiener und Franzosen — und wir sind zugleich Europäer.“

Es sei notwendig, den Menschen mehr noch als bisher nahezubringen, daß Europa für sie da ist. Maastricht stehe für ein demokratisches und bürgernahes Europa, das die nationale Identität und Kultur aller Mitgliedstaaten und ihrer Regionen achte.

Der Kanzler sagte, er wehre sich allerdings entschieden gegen Versuche, die Bundesrepublik Deutschland in eine Art Staatenbund umzuwandeln: „Deutschland ist und bleibt ein Bundesstaat!“ ■

Peter Kittelmann:

Europa offensiv vertreten

Unumwunden müsse zugegeben werden, daß es bei der Information über Europa Versäumnisse gegeben habe. Die Politik habe zu sehr einer undifferenzierten, weil unreflektierten Europastimmung vertraut. Das sei ein Trugschluß, sagte der Berliner Bundestagsabgeordnete Peter Kittelmann, denn Positionen, die einer soliden Begründung entbehren, würden schnell ins Gegenteil umschlagen, da sie manipulierbar seien.

Kittelmann sagte, Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Europa sei schwierig.

Aber: „Wir sehen draußen an dem hervorragenden Material

und an dem, was Sie auf den Tischen finden, daß die häufig aufgestellte Behauptung: ‚Wir haben kein Material‘ einfach falsch ist. Am Material liegt es nicht; es liegt an der Notwendigkeit, die Kraft zu haben, Politik auch dort umzusetzen, wo die Ohren teilweise mit anderen Problemen verstopft sind.“

Peter Kittelmann zu den Delegierten: „Wir müssen Europa offensiv thematisieren. Deswegen freue ich mich darüber, wenn es auf unseren Plakaten heißt: ‚Die CDU, die deutsche Europapartei. Wir machen uns stark für Europa‘, oder aber wie hier: ‚Wir gewinnen mit Europa‘.“



„Wir bleiben Deutsche, Italiener und Franzosen — und wir sind zugleich Europäer.“

Horst Köhler:

Wir müssen die Ängste ernst nehmen

Der Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Horst Köhler, gab in seinem Einführungsreferat einen Überblick über die Voraussetzungen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft.

Erstens. Der Vorrang für den Stabilitätsauftrag und die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank sind klarer formuliert als in jedem anderen Notenbankstatut — auch dem der Deutschen Bundesbank.

Zweitens. Die Teilnahme an der Währungsunion wird von der Erfüllung objektiv meßbarer Stabilitätskriterien — Preis- und Wechselkursstabilität, Haushaltsdisziplin und der Angleichung der Zinsen — abhängig gemacht.

Drittens. Die Wirtschaftspolitik aller Mitgliedsstaaten wird auf den — ich zitiere aus dem Vertrag — Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet. Mit dieser Konzeption und mit diesem Vertragswerk entstehen in Europa für einen Wirtschaftsraum, meine Damen und Herren, von 340 Millionen Menschen langfristig kalkulierbare Planungsgrundlagen und damit günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze, und zwar auf der Grundlage eines ordnungspolitischen Konzepts, das unseren Vorstellungen von Markt-

wirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft entspricht. Man kann nicht, so Horst Köhler, überrascht sein, daß das Ergebnis von Maastricht eine kritische Diskussion ausgelöst hat, die Sorgen und tiefsitzende Ängste offenbart. „Wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Tatsächlich verlangt die Entscheidung von Maastricht den Menschen viel ab; dies in einer Zeit, wo sie ohnehin vieles zu bewältigen haben.“

Wir springen nicht ins kalte Wasser, sondern wachsen in die Währungsunion hinein.

Vor allem bedeutet die Schaffung der europäischen Zentralbank nicht mehr und nicht weniger, als daß die Verantwortung für den Geldwert bei uns an eine europäische Währungsbehörde abgegeben wird, die sich ihr Vertrauenskapital, das ist wahr, erst noch erwerben und erarbeiten muß. Es ist schon häufig gesagt worden, und das ist absolut richtig: Währungsfragen sind immer auch Vertrauensfragen. Deshalb müssen wir mit diesem Gut, mit dem Thema Währung, so sorgsam umgehen. Wir wissen das in Deutschland besonders gut, weil wir zwei Währungsschnitte in diesem Jahrhundert erleben haben und weil

wir letztlich zum Positiven erfahren haben, daß die D-Mark zum Symbol für wirtschaftlichen Aufstieg und internationales Ansehen geworden ist.

Nach dem ganz überwiegenden Kommentar der Sachverständigen ist es Deutschland in den Verhandlungen gelungen, die vertraglichen und institutionellen Grundlagen für eine harte europäische Währung durchzusetzen.

Wird dieses Vertragswerk auch mit konkretem Stabilitätsleben erfüllt? Ein beliebtes Argument ist ja, daß die Währungsunion zwar gut ausgehandelt worden sei, daß ihr aber das Gegenlager auf der politischen Ebene fehle. Ich halte dieses Argument nicht für tragfähig.

Wir haben diese Sorge aber einbezogen und in das Vertragswerk der Wirtschafts- und Währungsunion — sozusagen für sich genommen — Regelkreise eingebaut, die es uns ermöglichen, die Sicherheit einer europäischen harten Währung zu gewährleisten. Wir springen in Deutschland und in Europa mit der Wirtschafts- und Währungsunion also nicht ins kalte Wasser oder liefern uns anonymen Kräften aus, sondern wir wachsen durch einen Stufenprozeß der Einübung und Qualifizierung in die Währungsunion hinein.

Vertrag von Maastricht

Entscheidend ist die Praxis

Was bedeutet Politische Union von Europa? Dazu sagte der Bundestagsabgeordnete Karl Lamers vor den Delegierten: Die Politische Union, wie sie der Vertrag von Maastricht will, soll Europa dort zum Handeln befähigen, wo die Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, ihre inneren Probleme und die auf sie eindringenden Herausforderungen allein zu meistern.

Die Politische Union ist ein Schritt auf eine neue Ebene der Integration. Die Wirtschaft hat längst die nationalstaatlichen Grenzen gesprengt. Die ökologischen Folgen unserer technologischen Zivilisation tun es ohnehin. Selbst das Verbrechen ist übernational organisiert. Das klassische Feld der Innenpolitik, die innere Sicherheit, ist immer stärker von außen bedroht. Das Asyl- und das Flüchtlingsproblem sind kein nationales Problem mehr, sondern ein europäisches Problem.

Diese übernationalen Verflechtungen, so Karl Lamers, hindern die Nationalstaaten, die existentiellen Probleme ihrer Gesellschaften in ihrem Rahmen zu lösen. Hier sei der europäische Einigungsprozeß eine Antwort auf die realen Fragen unserer Zeit.

Der Einigungsprozeß vollziehe, sagte Lamers, in gewis-



*Karl Lamers:
Die Politische Union ist ein Schritt auf eine neue Ebene der europäischen Integration.*

ser Weise nur nach, was längst Wirklichkeit geworden sei. Diese gemeinsame europäische, ja zum Teil gemeinsame globale Wirklichkeit ist das Werk unseres Denkens, Handelns und Wirtschaftens, unserer Art des Lebens, das heißt unserer Zivilisation.

Mehr als Geld

Entscheidend für die Akzeptanz Europas durch die Bürger werden die konkreten Erfolge des Vertrages von Maastricht sein. Dieser Vertrag hat ohne jeden Zweifel erhebliche Mängel. Auch die einheitliche Europäische Akte hatte erhebliche Mängel, sie war aber doch die Grundlage für erhebliche Fortschritte bis hin zum Binnenmarkt, den wir entgegen aller Skepsis ab 1. Januar nächsten Jahres haben. So wird es auch bei dem Vertrag von Maastricht

sein: Entscheidend ist die Praxis.

Die Politische Union ist aber mehr als Geld und Wirtschaft. Die Politische Union ist der konkreteste und weitreichendste Ausdruck der EG von einem anderen Verhältnis der Völker zueinander, bei dem anstatt des Gegeneinanders das Miteinander, an Stelle der Rivalität die Kooperation als leitendes Prinzip institutionell verankert ist.

Deutschland muß der stärkste Förderator Europas sein, damit es zu dessen ruhiger Mitte wird. Das ist die europäische Berufung Deutschlands, der sich die Christlich Demokratische Union und alle ihre Vorsitzenden, vor allen Dingen ihr erster Vorsitzender Konrad Adenauer und der jetzige Vorsitzende Helmut Kohl, stets bewußt gewesen sind. ■

Elmar Brok:

Wir treten ein für ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa

Als ein soziales Programm schon für sich hat der Europaabgeordnete und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik, Elmar Brok, den Europäischen Binnenmarkt ab 1. Januar 1993 bezeichnet, der jetzt schon mit seinen zusätzlichen Wachstumsfaktoren viele Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen habe.

Soziale Dimension

Trotzdem gibt es in weiten Bereichen der europäischen Sozialpolitik einen erheblichen Mangel an Regelungen, der auf Dauer zu einer unerträglichen Schiefelage führt.

Elmar Brok fordert deshalb die „Errichtung der sozialen Dimension“, für die Maastricht das Instrumentarium gebe.

Es ist deshalb selbstverständlich, daß das einige Europa ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa sein müsse; aber es muß darüber hinaus auch ein freundliches Europa für alle Bürger sein. Wichtig zum Beispiel in diesem Zusammenhang: Das Betriebsverfassungsgesetz darf nicht dadurch ausgehöhlt werden, daß es de facto nicht mehr gilt, wenn die Muttergesellschaft außerhalb Deutschlands sitzt. Elmar



Elmar Brok: Es wird sogar gelingen, mehr soziale Rechte in anderen Mitgliedsländern durchzusetzen.

Brok: Es muß ein europäischer Betriebsrat entsprechend den Vorlagen der EG-Kommission eingerichtet werden — aber so, daß die Kosten dafür nicht von jedem mittelständischen Unternehmen getragen werden müssen.

Es dürfe auch nicht dazu kommen, daß die Mitbestimmung, die Informations- und Anhörungsrechte der Arbeitnehmer, daß die Arbeitnehmerrechte, die die soziale Partnerschaft ausmachen, „über Europa beseitigt“ werden. Im Gegenteil: Über eine Politik der Mindeststandards werde es sogar gelingen, mehr

soziale Rechte in anderen Mitgliedsländern durchzusetzen. Damit wird, auch wenn diese Verbesserungen unser Niveau nicht erreichen, eine schmerzhaft Wettbewerbslücke verringert.

Damit es ganz klar ist: Es soll keinesfalls das englische Gesundheitssystem oder das italienische Rentensystem bei uns eingeführt werden. Es wird auch keinen Sozialtourismus der Spanier nach Deutschland geben, die sich hier ihr Gebiß werden machen lassen.

Gegen Mißbrauch

Und eine Freizügigkeitsrichtlinie für Nichterwerbstätige wird dafür sorgen, daß z. B. ein italienischer Rentner nur dann nach Deutschland ziehen können, wenn er der deutschen Sozialhilfe nicht zur Last fällt.

Auch Möglichkeiten des Mißbrauchs bei der Arbeitslosenunterstützung, wie sie in Gerüchten immer wieder beschrieben werden, sind ausgeschlossen. Wir wollen die Rahmenbedingungen, innerhalb derer alle gleichermaßen am Wettbewerb teilnehmen, auch als sozialpolitische und umweltpolitische Bedingungen, wo es sinnvoll ist, europaweit festschreiben.

Heinz Eggert:

Wirksame Bekämpfung der Kriminalität für ein einzelnes Land fast unmöglich

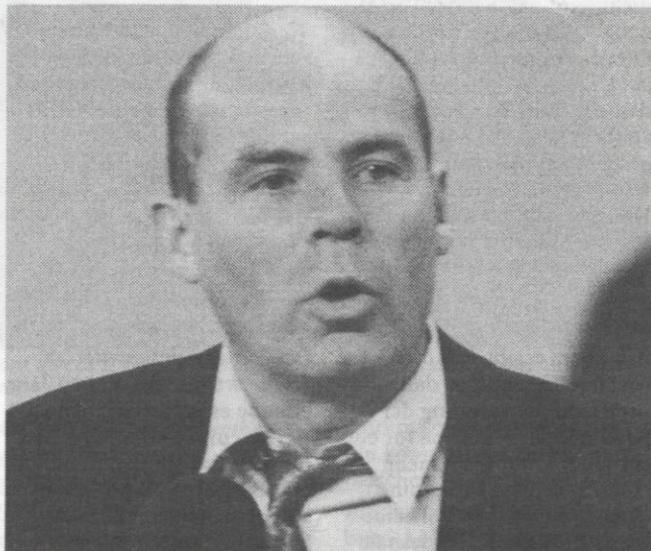
Daß das weitere Zusammenwachsen der europäischen Staaten und die europäische Einigung ein Prozeß ist, der neben positiven natürlich auch negative Auswirkungen hat, werde gerade im Freistaat Sachsen schlaglichtartig deutlich, denn gerade hier hat die Herausbildung mafioser Strukturen durch internationale Banden ein besonders bedrohliches Ausmaß angenommen.

Zugang erleichtert

Mit dieser Feststellung eröffnete der sächsische Innenminister Heinz Eggert das Thema grenzüberschreitender Kriminalitätsentwicklung und deren Bekämpfung.

Aber nicht nur die europäische Einigung, sondern auch die politischen Veränderungen in Osteuropa mit dem Abbau ehemals strenger Grenzkontrollen haben den Zugang zum bundesdeutschen Markt erleichtert und damit bisher nicht realisierbare Möglichkeiten für einzelne Straftäter und kriminelle Gruppierungen eröffnet.

Die künftige Entwicklung in Europa hat die kriminellen Organisationen längst dazu veranlaßt, ihre Logistik neu auszurichten und neugewonnene Freiheiten sowie die



Heinz Eggert: Wir kommen um eine europäische Sicherheitspartnerschaft nicht herum.

noch unzureichend stabilisierte Ordnung in Osteuropa gezielt auszunutzen.

Eggert: Große Mengen sichergestellten Heroins an den Grenzübergängen zur ČSFR belegen — um nur ein Beispiel zu nennen — die wachsende Bedeutung dieses Landes als Transitland für die sogenannte nordöstliche Balkanroute.

Neue Gefahren

Mit mehr als 63.000 Fahndungsnotierungen sind die diesjährigen Vergleichszahlen

gestohlener Personenkraftwagen gegenüber dem ersten Halbjahr 1991 um 80 Prozent überschritten.

Ganz neuer Gefährdungsaspekt: die illegalen Angebote von radioaktivem Material. Allein im ersten Halbjahr 1992 wurden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 32 Uranpellets mit einem Gewicht von 1,2 kg sichergestellt.

Heinz Eggert: Das alles macht eine Sicherheitspartnerschaft in Europa nötig mit kurzen, wirksamen Rechtshil-

fewegen. In Hinsicht auf die weitere Entwicklung in Europa ist ein unbürokratischer — darauf lege ich ganz großen Wert — Direktverkehr zwischen den Sicherheitsbehörden nötig.

Es könne und dürfe doch nicht sein, daß bei der Verfolgung eines Verbrechers an der Grenze für die Polizei Schluß ist. Und es ist unbegreiflich, daß ein deutscher Polizeibeamter gegen das Datenschutzgesetz verstoßen kann, nur weil er seinen tschechischen Kollegen auf der anderen Seite per Telefon über einen Verbrecher informiert.

EUROPOL

Aus allem ergibt sich die wichtige Erkenntnis, daß eine wirksame Bekämpfung der Kriminalität in Europa für ein einzelnes Land nicht mehr möglich ist. Die Errichtung einer europäischen Polizeibehörde EUROPOL ist deshalb ein Ausweg aus dieser nicht mehr zeitgerechten Situation.

Zur Kontrolle der Ausübung hoheitlicher Befugnisse sollte EUROPOL allerdings einem Organ des Europäischen Parlaments als Aufsichtsgremium unterstellt werden.

Heinz Eggert: Wir werden unserer Verantwortung, die Bevölkerung wirksam vor Straftaten zu schützen, nicht gerecht, wenn wir dem international zusammenarbeitenden Verbrechen nicht endlich eine zwischen- und überstaatliche Zusammenarbeit der Strafverfolgungsorgane entgegensetzen. ■

Rudolf Seiters: Den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts jetzt endlich stoppen

Wer nicht will, daß Extremisten von der dramatischen Zuspitzung der Asylfrage profitieren, muß für eine Verfassungsänderung sein.

Mit dieser Feststellung beschrieb Bundesinnenminister Rudolf Seiters die einzige Möglichkeit, wirklich politisch Verfolgten Asyl zu gewähren und dem Mißbrauch zu begegnen.

Bei voraussichtlich 450.000 Asylbewerbern in diesem Jahr erlaube es jedoch die geltende Rechts- und Verfassungslage nicht, aufwendige Prüfverfahren, Bleiberecht und Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen nur auf die zu beschränken, deren Asylgründe auch anerkannt werden können.

Neue Bewerber

Obwohl innerhalb von 8 Monaten mit einer großen Kraftanstrengung das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 140.000 Entscheidungen getroffen habe, sei der Stoß unerledigter Anträge dennoch gewachsen, weil im selben Zeitraum 274.000 neue Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Es gehe somit nicht allein um die Beschleunigung der Ver-

waltungsentscheidungen, sondern auch um die Entlastung der Gerichte. Seiters: Sonst bricht uns das ganze Verfahren zusammen.

Schnelle Verfahren

Wer wolle eigentlich ernsthafte Einwände dagegen erheben, daß eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen sein muß, wenn aufgrund völkerrechtlicher Verträge ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist und dieser die Genfer Flüchtlingskonvention beachtet? — um nur eine der Bedingungen zu nennen, unter denen der offensichtlich unbegründete Asyl Suchende abgeschoben werden soll.

Aber das schnellste Verwaltungsverfahren ist letztlich wirkungslos, wenn auch in offensichtlich aussichtslosen Fällen die Aufenthaltsbeendigung durch Anrufung der Gerichte hinausgezögert werden kann. Rudolf Seiters: Hier liegt der Schlüssel zur Lösung des Problems. Daß in offensichtlich aussichtslosen Fällen aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von der Entscheidung über einen hiergegen eingelegten Rechtsbehelf sofort vollzogen werden, steht auch in dem



Rudolf Seiters: Lassen Sie sich nicht beirren! Deutschland wird auch künftig den politisch Verfolgten Schutz und Zuflucht gewähren.

Gesetzentwurf, den ich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen habe. Bei dem Zustrom von Asylbewerbern, den wir heute registrieren, werden halbherzige Maßnahmen nicht greifen. Seiters: Keine kosmetische Änderung des Grundgesetzes! Die Folge wäre eine tiefgreifende Erschütterung des Vertrauens. An die SPD müsse appelliert werden, den Weg jetzt freizugeben. Ihr müsse vorgehalten werden: Sie haben uns seit Jahren die Instrumente verweigert, die wir zur Lösung dieses Problems gebraucht hätten. Ein ganzes Jahr ist seit dem Gespräch der Parteivorsitzenden mit dem Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 vergangen. In diesem Zeitraum sind

400.000 neue Asylbewerber gekommen.

Inzwischen diskutiert die SPD aber nicht mehr, wie man dieses Problem lösen kann, sondern nur noch die Frage, wie man einen innerparteilichen Kompromiß schließen könne, um bestimmte Personen nicht zu beschädigen.

Ein deutscher Sonderweg ist unmöglich

Es ist völlig unverständlich, warum wir in einem zusammenwachsenden Europa eine Harmonisierung auch des europäischen Asylrechts nicht herstellen sollten. Frankreich, Belgien und auch die Schweiz hat die Zahl der Asylbewerber im Vergleichszeitraum um 55 Prozent gesenkt. Seiters:

Warum sollen wir nicht das tun können, was andere europäischen Länder praktizieren.

Ein deutscher Sonderweg beim Asylrecht in Deutschland werde sich nicht durchhalten lassen. Er würde uns von den anderen europäischen Staaten isolieren. Wer das Bekenntnis zu Europa ernst nehme, müsse bereit sein, nationale Regelungen aufzugeben, um den europäischen Weg voll mitgehen zu können.

Rudolf Seiters: Lassen wir uns nicht beirren! Deutschland wird auch künftig den politisch Verfolgten Schutz und Zuflucht gewähren. Und es hat mit Inhumanität nichts zu tun, wenn wir sagen: Wir müssen jetzt endlich den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts stoppen. ■

Renate Hellwig:

Friedenspolitik rentiert sich immer

Die Europa-Politikerin der Bundestagsfraktion, Renate Hellwig, sagte, die Deutschen haben ein vorrangiges Interesse, daß die Europäische Gemeinschaft erhalten bleibt. Wir in der Mitte des Kontinents sind viel zu groß, als daß wir mit rein nationaler Außenpolitik und Bündnispolitik Frieden bewahren könnten. Wir können es praktisch nur im europäischen Verbund.

Wenn wir den Maastricht-Vertrag nicht verabschieden, müssen wir bedenken: Es kommen lauter neutrale Staaten, wie Schweden, Finnland, die Schweiz, Österreich. Diese werden uns erklären, daß ihre Tradition, neutral zu sein, jetzt plötzlich für Europa gelten solle.

Offensive Außenpolitik

Wir brauchen jetzt schon eine offensive europäische Außenpolitik. Das bedeutet, daß die Streitenden nach Brüssel oder nach Straßburg in die europäische Zentrale zitiert werden. Hilfen werden ihnen dann nur unter der Bedingung des friedlichen Zusammenlebens gewährt. Diese offensive europäische Außenpolitik hätten wir in Jugoslawien auch schon gebraucht. Dafür bietet Maastricht eher zuwenig als zuviel.

Die Solidarität reicht gerade noch für die Nachbargen-



Renate Hellwig: Die Konflikte werden wieder zunehmen, wenn wir die europäische Solidarität nicht hinkriegen.

meinde. Für Baden-Württemberg geht sie schon nicht mehr über die baden-württembergischen Grenzen hinaus. Das gilt für die Bayern und andere genauso. Unser Problem ist, daß wir uns schon mit der deutschen Solidarität so schwertun und sagen: „Um Gottes willen! Jetzt geht es auch noch um die europäische.“

Wenn wir diese Solidarität nicht hinkriegen, wenn wir diesen kleinräumigen Wohlstandsegoismus nicht überwinden, gehen wir in den nächsten europäischen Weltkrieg hinein, so wahr ich hier stehe. Die Konflikte werden zunehmen. Bei Kriegen — das ist ja das Idiotische bei Völkern — ist nichts mehr zu teuer. Dann wird alles finan-

ziert. In Kriegen wird auch das bißchen, das man hat, noch in Klumpen geschossen, wie es uns die Jugoslawen jetzt gerade vormachen. Diese können sich unter ökonomischen Gesichtspunkten einen Krieg gar nicht leisten. Das sind wir überzeugt. Aber wenn Völker erst einmal im Kopf verrückt werden, weil die Solidarität nicht mehr funktioniert, sind sie auch bereit, alles zu zerschlagen, was sie haben. Deswegen ist europäische Friedenspolitik für mich europäische Einigung sowie gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Diese rentiert sich sogar noch, weil sie wesentlich billiger ist als die Kriegspolitik, die dann unweigerlich auf uns zukommt.

Christa Thoben: Auch die Kommission kann vernünftige Regelungen treffen

„Springen wir mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Maastrichter Vertragswerk von einem Sprungbrett in ein leeres Becken? Oder wagen wir einen wohlkalkulierten Sprung in eine Zukunft, von der wir alle nur träumen können?“ So fragte Präsidiumsmitglied Christa Thoben. Und sie gab zugleich die Antwort: „Ich sage ganz offen: Der Sprung ist richtig.“

Christa Thoben trug Argumente dafür vor: „Was würde passieren, wenn wir es nicht täten? Alle, die sich mit Wirtschaftsfragen befassen, wissen, daß immer mehr Unternehmen sich internationaler Konkurrenz stellen müssen und daß wir von einer Globalisierung der Märkte sprechen und daß es selbstverständlich eine entsprechende Abhängigkeit auch der Arbeitsplätze gibt. Da sind Kleinstaaterei und Währungsgrenzen schlicht hinderlich. Durch den europäischen Binnenmarkt bauen wir einige administrative Schranken ab, aber noch nicht alle die Schranken und Erschwernisse, die sich aus unterschiedlichen Währungen ergeben. Deshalb ist das Ziel richtig: Am Ende sollte die gemeinsame Währung stehen, weil wir sonst in der internationalen Auseinandersetzung mit anderen wirtschaftlichen Zentren weltweit



Christa Thoben: Am Ende sollte die gemeinsame Währung stehen.

— blieben wir bei dieser Kleinstaaterei im Währungsgefüge — ins Hintertreffen geraten.“

Zum häufig kritisierten bürokratischen Zentralismus sagte Christa Thoben: „Ich möchte, weil häufig abstruse Beispiele aus Europa vorgetragen werden, nur eines hinzufügen: Es gab eine Zeit, da hat man die europäische Harmonisierung total gewollt, und zwar in dem Sinne, daß alle Produkte, die auf einem Markt angeboten wurden, den Zugangsbedingungen zum Markt des jeweiligen Landes entsprechen mußten, in dem sie ver-

kauft werden. Das nennt man ‚Bestimmungslandprinzip‘. Das hatte die wunderschnelle Folge, daß man z. B. in Deutschland über Jahre verhindern konnte, einen bestimmten Aperitif verkaufen zu dürfen, und zwar einfach deshalb, weil sich die Franzosen angewöhnt hatten, einen Aperitif mit einer, wie ich es in Erinnerung habe, geringeren Alkoholmenge für bekömmlich zu halten, als dies gemeinhin in Deutschland üblich ist.

Das ‚Cassis-de-Dijon-Urteil‘ mußte beim Europäischen Gerichtshof erstritten werden. Es besagt, daß es auch Deutschen zumutbar ist, einen Aperitif in Deutschland und nicht nur in Frankreich zu genießen, der weniger Alkohol hat als das, was wir hier gemeinhin anbieten.

Von diesem Prinzip ist man zum Glück, weil die Kommission wahrscheinlich untergegangen wäre, wenn sie das bei allen Produkten versucht hätte, abgegangen und hat das Ursprungslandprinzip entdeckt. Dieses bedeutet, daß wir die gegenseitige Anerkennung der Bedingung vereinbart haben: Produkte, von denen weder der Franzose noch der Italiener krank wird, sind Deutschen nicht nur im Urlaub, sondern auch zu Hause zumutbar.“ ■

Volker Rühle:

Mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik

„Deutsche Interessen in der Welt können nur im Verbund zwischen Europa und Amerika durchgesetzt werden“, sagte Verteidigungsminister Volker Rühle zur Einführung des Themenkomplexes

„Deutschlands Verantwortung in der Welt“. Insbesondere aber sind diese Interessen in der Gemeinschaft mit europäischen Partnern zu verwirklichen. Volker Rühle:

„Nur gemeinsam verfügen wir über die notwendige Durchsetzungsfähigkeit und das **politische** Gewicht, das wir **wirtschaftlich** bereits in die Waagschale werfen können.“

Der Weg zur Politischen Union sei deshalb richtig. Europa müsse seine Kräfte zusammenfassen, politisch, ökonomisch und strategisch, also auch in der Außen- und Sicherheitspolitik. Nur so könne Europa im Mächtedreieck Nordamerika/Japan/Europa bestehen und die neuen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes bewältigen.

Volker Rühle führte weiter aus: „Ohne Stabilität im Osten unseres Kontinents wird es keine Stabilität für ganz Europa geben und insbesondere keine Stabilität für Deutschland. Deutschland ist im Augenblick in der Situa-



Volker Rühle: Ohne Stabilität im Osten keine Stabilität für ganz Europa.

tion, daß wir eine Art Riegel, eine Art Cordon gegenüber den Problemen Osteuropas und Mitteleuropas sind.

Wir schotten viele andere Länder der Europäischen Gemeinschaft im Westen Europas von den Problemen ab, ob es die Asylprobleme oder andere Probleme sind. Es kann nicht das deutsche Interesse sein, daß wir auf Dauer in dieser Position bleiben, und deswegen müssen wir uns vorrangig dafür einsetzen, den Wohlstandsgraben zwischen Westeuropa und Osteuropa zu beseitigen. Mir scheint, die Diskussion über die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ist bisher zu vordergründig geführt worden. Ich muß auch ehrlich sagen, daß ich mit der Formel „sowohl — als auch“ auf die

Dauer nicht mehr sehr viel anfangen kann. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, es müssen Entscheidungen getroffen werden.

Es gibt noch genug Probleme im Süden Europas. Aber im Vergleich zum Osten ist der Süden auch der Westen, ähnlich wie wir in Deutschland die Situation haben, daß es im Westen auch ärmere Bundesländer gibt, es ihnen aber im Vergleich zu den Bundesländern im Osten allen gut geht.

Es kann nicht in erster Linie eine deutsche Aufgabe sein, diese Form der europäischen Spaltung zu überwinden. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mehr Mittel als bisher einsetzen müssen, aber nicht, um eine noch stärkere Kohäsion im Westen zu schaffen, nicht, um den Zwölferclub weiter zu perfektionieren und damit den Abstand gegen Osteuropa zu vergrößern.

Spaltung beseitigen

Vielmehr müssen wir gerade im deutschen Interesse mehr Mittel einsetzen, um die Spaltung zwischen Westeuropa und Osteuropa zu beseitigen. Für Deutschland gibt es jetzt eine völlig neue Situation unter den veränderten Verhältnissen in Europa. Jetzt müssen wir umgekehrt darauf vorbereitet sein, das Bündnis und uns selber auch außerhalb Deutschlands, aber innerhalb des Bündnisses zu verteidigen. Das ist die entscheidende Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren leisten müssen.“

Bonn, den 12. November 1992

Rita Süßmuth:

Kommunisten noch nicht besiegt

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth warnte die CDU vor Selbsttäuschung in Sachen Europa: Zwar sei die neue Zeit angebrochen, aber mit erheblichen Risiken in bezug auf Rückfälle in altes Denken.

Die Ergebnisse der Wahlen in Litauen haben, so Rita Süßmuth, deutlich gemacht: Die Kommunisten sind mitnichten schon besiegt.

„Wir stehen mitten in der Auseinandersetzung mit den alten und neuen Kräften.“

Rita Süßmuth: „Weil das so ist, ist ein Rückfall in altes Denken nicht ausgeschlossen und sind regionale Kriege nicht ausgeschlossen. Dazu gehört auch der Rückfall in Nationalismus. Deshalb muß aus dem, was wir in Deutschland an Sicherheit durch Westeuropa gehabt haben, Sicherheit für ganz Europa werden. Das ist nicht ein Ziel für die ferne Zukunft, sondern es steht unmittelbar auf der Tagesordnung.“

Während der langen Zeit des

kalten Krieges und der Bedrohung haben nach Ansicht von Frau Süßmuth das Zusammenrücken in Westeuropa und die Verbindung in der nordatlantischen Gemeinschaft Sicherheit gegeben.

Nun gehe es darum, die Menschenrechte, den Frieden und die Freiheit auf ganz Europa und die Welt zu übertragen. Schließlich sei das die Grundlage gewesen, die langfristig die Einheit Deutschlands und damit die Einheit Europas ermöglicht habe.



Süssmuth Rita Süßmuth: Es geht darum, die Menschenrechte, Frieden und Freiheit auf ganz Europa und die Welt zu übertragen.

Martens

Kleps



Großes Interesse bei den Delegierten des 3. Parteitages in Düsseldorf fand der ÖA-Stand der Bundesgeschäftsstelle. Ganz besonders gefragt waren die Europa-Werbemittel.

Die wichtigsten Beschlüsse

- **Wir gewinnen mit Europa.**
Beschlüsse zur Europapolitik.

Bestell-Nr. 5559.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

- **Gemeinsam handeln für Deutschland:**
Vorfahrt für den Aufbau Ost.
Mit der Einführungsrede von Wolfgang Schäuble.

Bestell-Nr. 5560.

Mindestabnahme: 50 Exemplare.

Preis je Mindestabnahme: 14,— DM.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328
4804 Versmold, Fax (054 23) 4 15 21

Preise zuzüglich MwSt. inklusive Versand